

gestügt auf ihre Tanks und Bajonette, mit beharrlicher Energie aufzutreten: Sie wollen die Bevölkerung, die sie nicht im ersten Ansturm überrennen und für sich gewinnen konnten, langsam mürbe machen und auf ihre Seite herüberziehen, sie wollen sich dauernd in diesem reichen Lande einnisten, um auf diese Art eine praktische Revision des Versailler Friedens zu erreichen, die sich allerdings nicht die notwendige Milderung, sondern vielmehr eine Verschärfung und Erweiterung seiner Bestimmungen zum Zweck gesetzt hat. Erleichtert wird den Franzosen dieses methodische Vorgehen durch die Passivität der anderen Alliierten und der Neutralen, und wenn auch von England aus erklärt wurde, eine Änderung des Friedensvertrages dürfe nie ohne Zustimmung Englands erfolgen, so geschieht doch von dort aus nichts, was die Franzosen auf dem weiteren Fortschreiten nach ihrem Ziele wirksam und rechtzeitig hindern könnte. Der berufene Kritiker der jetzigen englischen Regierung, Lloyd George, hat auch zu dieser Frage jetzt Stellung genommen, und schreibt in seinem neuesten Artikel über die Zukunft Europas u. a.:

„Ich bemühte mich, zu entdecken, was Herr Poincaré eigentlich von Deutschland als Bedingung seiner Unterwerfung unter den Willen Frankreichs zu fordern gedachte. Was sollte Deutschland tun, um den tödlichen Schlag zu vermeiden? Ich habe seine Reden und Darlegungen vergeblich nach einer Auseinandersetzung über diese Bedingungen durchforscht. Gewiß, man hätte niemals danach gefragt. Das klingt ungläublich. Aber jeder Teilnehmer war so eifrig dabei, die Pariser Konferenz abzubrechen, um unangenehme Gegenstände ein Ende zu machen, daß es offenbar niemand in den Sinn kam, diese wichtige Frage zu stellen. Die am meisten interessierte Partei war nicht vertreten. Das Ergebnis ist, daß niemand hat es ihm gesagt, und er hat niemals danach gefragt. Ich bin sicher, daß Herr Poincaré jetzt gar nicht mehr weiß, weshalb er ins Ruhrgebiet einbrach. Aus diesem und aus anderen Gründen wird er dort bleiben, bis irgendeinwas geschieht, das eine Lösung bietet. Die meisten Tragödien der Menschheit entspringen dem Zufall.“

Herr Poincaré weiß das offenbar recht genau, und Lloyd George will nichts anderes, als das geheime Ziel der Franzosen offenbaren.

Chronik der Gewalttaten.

Der französische Kommandant in Offenburg verlangte, daß die Kasernengebäude geräumt werden müßten. Gegenwärtig wohnen 170 Familien dort, und bei der herrschenden Wohnungsnot wird es völlig unmöglich sein, die Familien anderweitig unterzubringen. Die Betroffenen werden also tatsächlich auf die Straße gesetzt.

Beim Einlaufen eines Arbeiterzuges im Bahnhof Friedrichsfeld in Ludwigshafen verhafteten die Franzosen 30 Arbeiter, die gezwungen wurden, mit dem Gesicht nach der Wand gewendet Auffstellung zu nehmen, und in dieser Stellung sechs Stunden lang zu verharren.

Die Propaganda der Franzosen, um das Eisenbahnpersonal zur Wiederaufnahme des Dienstes zu bewegen, geht weiter, so namentlich in Frankenthal, Ludwigshafen und in Schifferstadt, wo französische Eisenbahner dem deutschen Personal erklären, in den nächsten Tagen würden die deutschen Eisenbahner wiederum aufgefordert werden, Dienst zu tun, widrigenfalls sie ausgewiesen oder aus ihren Wohnungen vertrieben würden.

Der stellvertretende Landrat des Kreises Dornmund-Stadt, Göppert, wurde wegen Verweigerung der Ausführung von Requisitionsbefehlen zu 10 Millionen Geldstrafe verurteilt. Beanttragt waren 4 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Geldstrafe.

In Essen wurden auf allen Kreuzungen der Hauptstraßen Doppelposten aufgestellt, auch im Innern der Stadt, die sonst von Militärposten freigeblieben war.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Austritt des Abg. Geisler aus der Volkspartei.

Der Reichstagsabgeordnete Geisler hat an die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zu Sünden

Das Heiratsjahr.

Ein Lustspiel-Roman in zwölf Kapiteln.

Von Hedor v. Zobeltig.

(11. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„O ja“, sagte Benedikte. „Sie meinen geschriebene, die man bezahlen muß; so dumm bin ich auch nicht.“

„Sie wußten wohl“, fragte Trude, „daß Herr Max von Tübingen heute zurückerwartet wird?“

„Ja; man erzählt es sich in Pornow. Trotzdem hat mich eigentlich nur der Zufall hierhergeführt. Ursprünglich hatte ich die Idee, zu Hause zu bleiben und zu arbeiten.“

„Na na“, sagte Benedikte und lachte.

„Es betrübt mich lebhaft, daß Sie mir nicht glauben wollen, Baronesse. Aber es ist doch so. Wirklich und wahrhaftig arbeiten wollte ich. Ich möchte mich nämlich zur Kriegsalademie vorbereiten, um einmal aus dem Frontdienst herauszukommen. Die Bücher hatte ich mir schon zurechtgelegt, aber da fielte mich der warme Sonnenschein so verlockend auf dem Gesicht und die Kostelchen unter meinem Fenster piepsten so freundlich, daß ich es am Schreibtische nicht mehr aushielte und satteln ließ.“

„Den Imperator?“

„Rein, die Tante Volte, Baronesse.“

„Ben?“ fragte Trude erstaunt.

„Die Tante Volte; das ist aber keine eigentliche Tante, sondern nur ein Pferd, das so gekauft worden ist, eine dicke Fuchsstute — vom Peter den Großen aus der Miß Preece, wenn Sie der Stammbaum interessiert.“

Benedikte pufte wieder Miß Nelly heimlich in die Seite, und Trude fragte, ob das ein edler Renner sei.

„Nicht allzu edel, gnädiges Fräulein“, erwiderte Graf Brada, „ich bin ein bißchen struppiert, wenigstens vorn. Wenn ich Geld übrig hätte, würde ich den Fuchs bereits ausrangiert haben, so aber muß es noch ein paar Jahre geben. Als Schwabronspferd steht die Tante noch immer ihren Mann — notabene, wenn der kleine Anfall, der ihr zugestoßen ist, nichts weiter auf sich hat.“

„Was für ein Anfall, Herr Graf?“

„Ab — sie ist mit dem rechten Hinterfuß in einen Glasplitter getreten — dicht vorm Dorfe, und das war auch der Hauptgrund für mich, in Hohen-Kraach Station zu machen. Solche Kleinigkeit kann ernst werden.“

Der Dollar 13. März: 20787,90 — 20892,10 Mt.

„ „ 14. März: 20792,88 — 20897,12 Mt.

ihres zweiten Vorsitzenden ein Schreiben gerichtet, in welchem er seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion erklärt, und zwar mit Rücksicht auf eine Mitteilung über seine Differenzen mit der Partei, die er als Durchbrechung einer getroffenen Vereinbarung sowie als eine unvollständige und völlig einseitig gefärbte Darstellung bezeichnet und auf den Abg. Dr. Stresemann zurückführt.

Abbau der Kohlenpreise.
Der Steueranschuss des Reichstages beriet über den Kohlensteuergesetzentwurf. Dabei erklärte der Reichsfinanzminister Dr. Hermes, er erkenne die Notwendigkeit, an einen Abbau der Kohlenpreise heranzutreten, an. Eine Beschneidung zu diesem Zweck findet schon in den nächsten Tagen zwischen dem Reichsfinanzminister, Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsminister statt. Eine Abschwächung der Kohlensteuer von 40 auf 20 % sei für die Regierung unannehmbar.

Deutscher Reichstag.

(116. Sitzung.)

CB. Berlin, 13. März.

In der Spitze der heutigen Tagesordnung stand die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes, Kriegerpersonenschädengesetzes und Offiziers-Pensionsgesetzes. Mit der Vorlage werden die Renten der Geldentwertung entsprechend erhöht. Ferner soll eine Zulage nach dem gleichen Grundsatze gewährt werden, wie dies bisher für die Zahlung von Teuerungszulagen der Beamten steigen. Sie beträgt jetzt nach dem Entwurf 35 %. Für die unter 5 % in der Erwerbslosigkeit geminderten Beschäftigten soll die laufende Rente fortfallen und an ihre Stelle eine einmalige Abfindung treten.

Abg. Berthels (Komm.) behauptete, daß die Renten so lange Zeit auf dem alten Tiefstand geblieben seien. Die neue Vorlage könne die Kriegsbeschädigten auch nicht befriedigen. In anderen Ländern, selbst in dem verelendeten Österreich, sei für die Kriegsbeschädigten weit besser gesorgt.

Abg. Thiel (Deutsche Volksp.) gab namens der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten die Erklärung ab, diese Parteien würden sich bei gründlicher Beratung der Vorlage für den Ausschuss vorbehalten.

Abg. Weiler-Weidau (Soz.) betonte ebenfalls, daß die Ausschussberatung Gelegenheit bieten werde, auf die Einzelheiten der Vorlage einzugehen.

Darauf wurde die Vorlage einem Ausschuss überwiesen. Das gleiche geschah mit einem zweiten Gesetzentwurf, der die weitere Entlastung der Gerichte betrifft. Nach der Vorlage werde die Zuständigkeitsgrenze erhöht für Amtsgerichte von 1000 auf 3000, für Kreisgerichte von 10000 auf 30000. Die Bezugsgröße für Revisionen beim Reichsgericht wird von 2000 auf 500000 Mark erhöht. Die Regierung wird ermächtigt, im Falle einer wesentlichen Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse die im Gesetz vorgesehenen Grenzen mit Zustimmung des Reichsrates anderweitig festzusetzen. Diese Vorlage ging ohne weitere Aussprache dem Reichsausschuss zu.

Ferner wurde ohne Ausnahmefestsetzung ein Gesetzentwurf über die Anerkennung der Gefellenprüfungsausschüsse von Reichs- und Landeszentralbehörden ohne Aussprache einem Ausschuss überwiesen. Hieran wurde eine Vorlage zur ersten Beratung, wonach für die Ausstellung eines neuen Arbeitsbuchs an Stelle eines verlorenen eine Gebühr bis zur Höhe der doppelten Selbstkosten erhoben werden könne, angenommen. Weiter wurde in erster und zweiter Lesung angenommen ein Antrag Dr. Stresemann-Gustav, wonach die Zuckerausfuhr der Weine des Jahrganges 1922 bis zum 31. Juli verlängert wird.

Die Erhöhung der Wohnungsbaubgabe.

Abg. Schirmer (Bayer. Volksp.) wandte sich bei der fortgesetzten Beratung gegen die vom Ausschuss verlangte Erhöhung der Abgabe. Der Arbeitsminister habe bei seiner Berechnung gar nicht berücksichtigt, daß der Reallohn der Arbeiter und Angestellten kaum die Hälfte der Vorkriegszeit betrage und daß die ständig steigenden Preise der notwendigen Lebensmittel das Einkommen der wirtschaftlich Schwächeren vermindere. Auf diesen schwachen Schultern dürfe nicht die Last der Mittelaufbringung für eine Reichs-

aufgabe gelegt werden, wie es die Belebung der Wohnungsbaubauartigkeit ist. (Sehr wahr!) Gegen die Wohnungsnot müßten andere Mittel angewendet werden.

Arbeitsminister Dr. Brauns erklärte, das Ministerium werde besonders in der Frage der Holzverbilligung weiter tätig sein. Der Regierung liegt es fern, die Wohnungsbaubgabe auf Kosten des Reallohns der Arbeitnehmer zu erheben. Diese neuen Kosten der Lebenshaltung würden natürlich bei der Entlohnung berücksichtigt werden müssen.

Der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder erklärte für die preussische Regierung, sie halte eine Erhöhung der Wohnungsbaubgabe auf 300 % für das Mindestmaß. Sollte ein geringerer Satz beschlossene werden, dann könne die preussische Regierung die Verantwortung für die Folgen nicht tragen.

Ministerialdirektor Baperlein vom Reichslandwirtschaftsministerium erklärte die Bereitwilligkeit, die Möglichkeit einer reichsgefesselten Holzverbilligung zu prüfen.

Abg. Heydemann (Komm.) bezeichnete die Wohnungsbaubgabe als eine unerhört rigorose Kopfsteuer für die wirtschaftlich Schwachen. Mit diesen verfehlten Mitteln werde die entsetzliche Wohnungsnot nicht beseitigt, die heute unter dem Proletariat so furchtbare Opfer fordert. Wohnungen würden ja auch jetzt in großer Zahl hergestellt, aber das seien große Luxuswohnungen, während die Proletarier Kleinwohnungen nicht erhalten.

Abg. Wegmann (N. Soz.) lehnte die Vorlage ab, wobei er bemerkte, im Berliner Viertel würden Verlässe über Verlässe errichtet, um die riesigen Spekulationsgewinne einer kleinen Schicht unterzubringen. Die Maßnahmen gegen die Wohnungsnot dagegen sollten bezahlbar werden von denselben 2000- und 3000-Mark-Einkommern, denen die jetzige Regierung unter Verletzung auf das Faß des Dollars die Erhöhung des Einkommens unmöglich machen wollte.

Damit schloß die Aussprache, und es folgte die Abstimmung über die Anträge. Angenommen wurde gegen die sozialistischen Stimmen ein Antrag Leopold (Deutschlan.), wonach die aus der Landwirtschaft stammenden Abgaben in erster Linie wieder landwirtschaftlichen Zwecken zugewandt werden sollen.

Rach § 5 beträgt die Abgabe vom 1. Januar d. J. 1500 % des Nutzungswertes, wozu nach 1500 % für die Gemeinden kommen, so daß insgesamt 3000 % erhoben werden. Soweit diese Sätze die bisherigen überschreiten, gelten sie nur für die Kalenderjahre 1923 und 1924. Die Deutschnationalen beantragten nicht 1500 %, sondern nach der ursprünglichen Regierungsvorlage nur 750 %. Die Sozialdemokraten wollten die Regierung ermächtigen, die Abgabe mit Zustimmung des Reichsrates zu erhöhen.

Bayerischer Ministerialdirektor v. Imhoff erklärte, daß die Erhöhung der Abgabe auf 3000 % in weiteren Preisen Beunruhigung hervorruft, und ersuchte namens der bayerischen Staatsregierung, den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage anzunehmen.

Abg. Eichhorn (Komm.) stellte fest, daß die Sozialdemokraten im Ausschuss sogar 6000 % erhoben wollten. (Lebhaftes „Gör, hör!“)

Abg. Tremmel (Zentr.) stellte den Ermittlungsantrag, die Erhöhung der Abgabe in Zukunft der Reichsregierung und dem Reichsrat mit Zustimmung des Wohnungsbauschusses des Reichstages zu überlassen.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, den 14. März.

Ruhrkinder.

Ruhrkinder in Not!
Jeden Tag wird teurer das Brot,
Wasser werden die Wangen der Kleinen,
Mütter weinen, rechnen und weinen,
Nicht Milch noch Obst für der Wangen Not!
Und der Franzmann schnürt uns die Heimat tot.
Herzschwach, lungenchwach, arm an Blut
Ist unsere Jugend, Deutschlands Gut.
Brüder und Schwestern im Deutschen Reiche,
Helft, daß erstarke die deutsche Erde!
Nehmt unsere Kinder in Eure Hut!
Lust und Sonne tut ihnen gut.
Und laßt zu essen! Sonst holt sie der Tod,
Du, deutscher Bauer, hör' unsere Not!
Wir stehen hier in den vordersten Reihen,
Deutschland durch Standhaftigkeit zu befreien.
Einst muß es kommen, das Morgenrot!
Deutschland höre: Ruhrkinder in Not!

— Sächsischer Landtag. In der gestrigen 24. Sitzung wurde zunächst eine Vorlage angenommen, die das Finanzministerium

les und achtete nicht darauf, daß die Tante das Bußgeld anzunehmen begann, das er noch in der Hand hielt. Es war eine unangenehme Geschichte. Beim „armen Großen-Regiment“, wie die Jörnower Husaren genannt wurden, schlug der Verlust eines Pferdes immer wie ein Donnerwetter ein. Unter sechs-, sieben-, hundert Talern war kein neues zu beschaffen, und dann war es auch noch kein Bußgeld.

Haasohn hatte inzwischen Herrn von Tübingen beiseite genommen, mit dem er wegen eines Aderspanns verhandelte. Und zwar währte der Handel schon seit vier Wochen. In Tübingen fand der kleine Haasohn nämlich seinen Meister. „Zweitausendsechshundert, Haasohn; nicht einen Pfennig mehr“, sagte der Baron und strich mit der rechten Hand durch die Luft. Der Händler sprang vor Aufregung von einem Bein auf das andere. „Herr Baron, hundert Mark will ich noch ablassen — ich verliere selbst dabei, es ist mir bloß von wegen der Rundschaft, aber anders kann ich's nicht, auf Ehrenwort nicht — es geht nicht!... „Dann lassen wir's, Haasohn; ich habe mir meinen letzten Satz gemacht; ich gebe nicht mehr.“... „Herr Baron, zwei Pferde wie junge Damen — es sind herrschaftliche Pferde.“ „Aber ich will sie nur für den Ader haben!“ — „Se können Sie vor jeder Auktion fahren; sie geben Ihnen wie der Teufel; Sie haben gemacht noch nie so ein glänzendes Geschäft, gnädiger Herr Baron! Herr Baron, teilen mer! Legen Sie noch hundert zu, ich laß noch hundert ab.“

Er horchte auf. Wagenrollen wurde von der Parkeinfahrt her hörbar und die Stimme der Baronin, die nach dem Gatten und den Mädchen rief. Niederte stürzte atemlos auf den Wirtschaftshof.

„Herr Baron!“ schreute er; „gnädiges Fräulein! Schnell — schnell! Der junge Baron fahren schon ein!“

„Ewadschwer —“ und Tübingen setzte sich in Trab. Benedikte freischte auf und ließ nach; Trude und Nelly folgten, und schließlich auch Graf Brada, nachdem er den Befehl gegeben hatte, seinen Fuchs wieder in den Stall zu führen und den Oberarzt aus Jörnow zu holen.

„Zweitausendsechshundert, Herr Baron!“ schrie Haasohn Tübingen nach. Aber der hörte nicht mehr. In das Gefläß der Punde, die sich auf der Rampe wie rosene gebärdeten, mischte sich das Jubelgebrüll von Bernd und Diefel, der eine neben Mar sitzend, der andere neben dem Reiter auf dem Bod. Beide schwenkten ihre Mägen.

Fortsetzung folgt.